

AUSSPRACHE

Zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung

Es ist Tatsache — und diese begreiflich —, daß die Geschichtsschreibung über die turbulente Zeit bis zur sogenannten Gleichschaltung von 1933 zunächst noch lückenhaft ist und sich daher auch Fehlschlüsse und Fehltritte über Vorgänge und über das Verhalten der Gewerkschaften bzw. deren verantwortliche Organe ergeben. Eine umfassende authentische Geschichtsschreibung von gewerkschaftlicher Seite für diese Zeit liegt noch nicht vor; die bis jetzt bekannten Darstellungen sind lückenhaft und teils direkt falsch; sie müssen daher auch zu falschen Beurteilungen führen. Auch werden Einzelvorgänge und

Handlungen losgelöst von ihrer Kausalität und der Gesamtsituation; für sich gestellt führen sie zu unrichtiger Beurteilung.

Neuere Darstellungen berufen sich auf solche Quellen mit lückenhaften Angaben und einseitigen Tendenzurteilen und werden abermals neueren Darstellungen zu zusätzlichen Quellen. So führt nach und nach die Literatur, die sich mit der Situation, der Haltung und dem Tun der Gewerkschaften in jener Zeit befaßt, zu einem falschen Geschichtsbild. Die Gewerkschaften des DGB sollten aber unbedingt ein Interesse daran haben, daß auch über diesen Zeitabschnitt der Gewerkschaftsgeschichte eine möglichst lückenlose Darstellung ermittelt wird, die auch eine gerechte Beurteilung zuläßt.

Nicht nur Gegner der Gewerkschaftsbewegung warten jetzt mit hämischen Fragen auf, wie: Wo waren denn die Gewerkschaften bei

der „Machtübernahme“, und warum wurde nach dem 1. Mai 1933 nicht von den Sozialdemokraten und Gewerkschaften der Generalstreik ausgerufen (siehe auch Nr. 8 der *Welt der Arbeit* vom 19. 2. 60); auch Gewerkschafter stellen bei Unterhaltungen in vollem Ernst und aus echtem Interesse die Frage: „Warum haben die Gewerkschaften nicht auch 1933 wie im März 1920 beim Kapp-Putsch den Generalstreik ausgerufen und dadurch den Faschismus niedergeschlagen und alles Unheil, was durch die Machtergreifung ausgelöst worden ist, verhindert?“ Selbst in Abhandlungen von Wissenschaftlern werden manche Betrachtungen den tatsächlichen Verhältnissen und Vorgängen in jener Zeit nicht gerecht, teils auch deshalb, weil ohne eingehende Nachprüfung zweifelhafte Angaben übernommen wurden.

Im Folgenden soll zunächst nur anhand einiger Zitate sowie gestützt auf Unterlagen und eigenes Miterleben die Dringlichkeit einer authentischen Gewerkschaftsgeschichte auch für diese Zeit dargetan werden, um einer zunehmenden Legendenbildung entgegenzuwirken.

So findet sich in dem zwar mit Eifer verfaßten, jedoch auch mit belastenden Irrtümern und unzutreffenden Angaben versehenen Buch von *Hans-Gerd Schumann* „Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung“ eine Schilderung der „Eisernen Front“ wie folgt:

„Schon nach einem Monat umfaßte diese Schutztruppe der Republik rund 10 Millionen Mitglieder aus Reichsbanner, freien Gewerkschaftern, republikanischen Sportverbänden und Arbeitervereinigungen. Zur Unterstützung im Ernstfalle wären auch die von der Zentrumspartei ins Leben gerufenen Wehrverbände, ja auch die Demokraten mit ihren Vereinigungen bereit gewesen. Im Vergleich zu diesen aktionsbereiten Arbeitermassen verhielten sich jedoch die bürokratisch erstarrten Funktionärskader passiv.“ (S. 13/14.)

Professor *Wolfgang Abendroth* in seiner Schrift „Die deutschen Gewerkschaften“ schreibt zur gleichen Sache: „Der ADGB und die freien Gewerkschaften hatten zwar die Gefahr erkannt und sich in der ‚Eisernen Front‘ mit anderen republikanischen Kräften in einem Block verbunden. Sie konnten sich aber nicht mehr entschließen, wie 1920 die Massen zum Kampf aufzurufen, die — mindestens zum Teil — sehnlichst auf diesen Aufruf gewartet haben.“ (S. 33.)

Friedrich Stampfer, der als Redakteur des *Vorwärts* die Vorgänge in dieser Zeit in engster Verbindung miterlebte, kommt zu dem gleichen Vorgang in seinem Buch „Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik“ zu einer anderen Betrachtung. Er schreibt:

„Überall schossen Reichsbannergruppen aus dem Boden. Die Zeit war vorbei, in der die

Monarchisten über die ‚Republik ohne Republikaner‘ höhnen konnten. Jetzt waren die Republikaner da, sie waren an ihrer Uniform zu erkennen, sie marschierten, trommelten und pöbeln, daß es eine Art hatte. Neue republikanische Gesinnung und alte deutsche Vorliebe für Uniform und soldatisches Wesen waren in eins zusammengefloßen und hatten ihre eigene Form gefunden. Nach Ablauf eines Jahres rühmte sich das Reichsbanner, mit drei Millionen Mitgliedern alle rechtsstehenden Wehrverbände an Stärke überholt zu haben. Unter Zurechnung der Sympathisierenden mag diese Zahl gestimmt haben.“ (S. 397/398.)

Und weiter bemerkt er: „Etwas grundsätzlich Neues war diese ‚Eiserne Front‘ nicht, denn der Zusammenhalt zwischen Partei, Gewerkschaften, Reichsbanner und Arbeitersportlern war ohnedies gegeben, und für den Wissenden ändert sich nichts an der Tatsache, daß die ‚Eiserne Front‘ samt Hammerschaften und Schufos, auf sich allein gestellt, nicht der entscheidende Faktor im Bürgerkrieg sein konnte, sondern daß sich mit der Stellungnahme der regulären bewaffneten Macht alles entschied.“ (S. 607.)

Die von Hans-Gerd Schumann zitierten „10 Millionen Mitglieder“ der „Eisernen Front“ sind sehr wahrscheinlich nur durch das Zusammenrechnen der Mitglieder der Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei und weiterer Organisationen entstanden. Dabei wurde nicht beachtet, daß eine große Anzahl der gleichen Personen mehrfach mit eingerechnet wurden, und zwar je als Gewerkschafter, als Parteiangehörige, als Reichsbannerführer und eventuell auch noch als Angehörige anderer Vereinigungen, die in der „Eisernen Front“ mit erfaßt wurden.

Stampfer sagt auch mit Recht an einer anderen Stelle: „Als schließlich die Verbindung zur regulären bewaffneten Macht, die niemals sehr stark gewesen war, ganz zerriß, blieb von der ‚Eisernen Front‘ nichts übrig als eine Masse, die vielleicht noch einen letzten aussichtslosen Verzweiflungskampf führen, aber nicht siegen konnte.“ (S. 610.)

Die Richtigkeit dieser Auffassung hat sich dann auch bei der Aktion des Republikanischen Schutzbundes in Österreich im Februar 1934 vollauf bestätigt.

Professor Abendroth und ihm folgend auch Schumann machen sich die Sache bequemer. „Der ADGB und die freien Gewerkschaften hatten zwar die Gefahr erkannt und sich in der ‚Eisernen Front‘ mit anderen republikanischen Kräften in einem Block verbunden. Sie konnten sich aber nicht mehr entschließen, wie 1920 die Massen zum Kampf aufzurufen, die — mindestens zum Teil — sehnlichst auf diesen Aufruf gewartet haben.“ (S. 33.)

Nach Abendroth wären die Massen nur zum Kampf aufzurufen gewesen, die — *min-*

destens zum Teil — sehnlichst auf diesen Aufruf gewartet haben. Schumann sieht das noch bestimmter. Nach ihm (S. 13) warteten „große Teile“ der Arbeiterschaft nur auf das Signal zum Generalstreik, um — wie schon einmal im Falle des Kapp-Putsches 1920 — usw. Schumann zitiert dabei Abendroth, wie man sieht, nicht korrekt. Aus „mindestens zum Teil“ werden „große Teile“. Was wird es für eine Darstellung geben, wenn mit weiter steigender Tendenz beide Verfasser von einem dritten zitiert werden?!

Keiner dieser Verfasser hält es für erforderlich, näher darauf einzugehen, wie es mit den „Massen“ bzw. den „großen Teilen der Arbeiterschaft“ bestellt war. So wird zwar auf die Mitgliederzahlen der Organisationen verwiesen, aber übergangen, daß ab 1929 die Arbeitslosigkeit im dauernden Steigen war und auch viele andere Momente gegen das gute Gelingen eines Generalstreiks sprachen. Es waren ja aber nicht nur das *Wollen*, sondern auch das *Können* und die wahrscheinlichen Auswirkungen, gleich bei welchem Verhalten, abzuwägen. Die Gewerkschaftsorgane mußten mit verantwortlicher Gewissenhaftigkeit alles Für und Wider in ihre Betrachtungen und Entscheidungen einbeziehen. Und da drängten sich u. a. folgende Tatsachen auf:

Seit 1929 ein starker Niedergang der Wirtschaft, der in einer Arbeitslosigkeit erdrückenden Ausmaßes in Erscheinung trat. — Ende 1932 wurden über 6 Millionen Arbeitslose gezählt. Von 100 Mitgliedern der ADGB-Gewerkschaften waren laut Gewerkschaftszeitung des ADGB (29. 4. 33) arbeitslos: (jeweils im März) 1928 6,3, 1929 11,8, 1930 16,9, 1932 41,1, 1933 46,1.

Wichtige Arbeitergruppen waren noch weit stärker, als diese Durchschnittsangaben erkennen lassen, von Arbeitslosigkeit betroffen. So war sie bei den Metallarbeitern von einem Durchschnitt im Jahre 1929 von 9,4 vH auf 50 (Männer 51) vH im März 1933 gestiegen; bei den Bergarbeitern von 2,2 auf 20,6 — bei den Holzarbeitern von 18,1 auf 69,6 (Männer 70,9).

Dabei war noch zu beachten, daß ein erheblicher Teil der noch Beschäftigten nur verkürzt arbeitete. Im März 1933 arbeiteten verkürzt bei den Bergarbeitern 32,3, bei den Metallarbeitern 33,9 von den Männern und 50 von den Frauen, bei den Holzarbeitern 8,3 vH.

Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften schrumpften. Bei den Gewerkschaften des ADGB sanken sie von 4,9 Millionen im Jahre 1929 auf 4,1 Millionen Ende 1931 und gingen weiter zurück (vgl. Jahrbuch 1931 des ADGB, S. 302).

Bei den Christlichen und Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften waren im allgemeinen die gleichen Verhältnisse. Welche „Massen“

(siehe Abendroth) bzw. welche „große Teile der Arbeiterschaft“ (siehe Schumann) warteten nur auf das Signal zum Generalstreik?!

Die Generalstreiks-Parolen wurden vor den Arbeitsämtern, wo ja über 6 Millionen Schlange standen, propagiert. — Tausende von Arbeitslosen waren aber in Erwartung der ihnen versprochenen Arbeitsplätze in die SA eingetreten —. Mit jeder Wahl gewann bei Lauen und Fatalisten die Meinung an Boden „Laßt doch die Nazis einmal zeigen, was sie können.“

In den Betrieben dagegen standen zwar die Gewerkschafter, sozialistische und demokratische Arbeiter bereit und wären bestimmt einer Aufforderung zum Generalstreik gefolgt, doch die Stimmung war gedrückt. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohndruck und die politische Situation wirkten entsprechend. Die NSBO (Nationalsozialistische Betriebsorganisation) war im Wachsen. Die RGO (Rote Gewerkschaftsorganisation — kommunistisch) agierte gegen die Gewerkschaften und fand sich dabei mit der NSBO. Obendrein propagierten noch in solcher Situation die Kommunisten unter den Arbeitslosen Hungermärsche gegen die Gewerkschaftsleitungen.

Aber auch sonst war die Erfolgsaussicht für einen Generalstreik wesentlich anders zu beurteilen als beim Kapp-Putsch 1920. Dort wurde der Generalstreik von der Reichsregierung, den meisten Landesregierungen und Verwaltungen mitgetragen. Die Reichsbank verweigerte Kapp das angeforderte Geld. Auch die kommunistischen Arbeiter machten ohne Zögern mit, obwohl sich ihre Führer offensichtlich passiv verhielten. Dagegen hatten 1933 die Nazis die finanzielle Unterstützung der Industrie. Die Einstellung der Reichsregierung und der Landesregierungen war den Nazis günstig und zum Teil direkt hilfreich.

Und die Reichswehr? Die Generale konspirierten gegeneinander. Wenn sie sich auch nicht als Anhänger Hitlers bekannten, so neigten sie doch wegen seiner Militärfreudigkeit ihm zu. — Erst viel später, und zwar im Verlauf des Krieges, versuchte sich ein Teil zunehmend zu distanzieren.

Und die Wirtschaftspolitiker? Nicht nur die deutschen, auch die in aller Welt versicherten und „bewiesen“, daß sich eine Regierung Hitler nur kurze Zeit halten könne, sie müsse an der autarken Wirtschaftsführung zugrunde gehen. Auch die deutschen Unternehmer rechneten damit und hofften, dann nach *ihren* Auffassungen Politik und Wirtschaft führen zu können.

Jetzt nach etwa 30 Jahren gibt es nach eigener Meinung ganz Kluge, die unfehlbar wissen wollen, was damals hätte geschehen müssen — in unserem Falle, was damals die für die Gewerkschaftsorgane Verantwortlichen hätten tun und lassen müssen. Soweit es sich

dabei um wissenschaftliche Verfasser handelt, sollte man erwarten dürfen, daß sie auch *alle* Argumente in Erwägung ziehen; nicht nur solche, die für eine vorweggenommene Auffassung sprechen und dagegenstehende ignorieren. Halbe Wahrheiten werden zu Unwahrheiten → lückenhafte Geschichtsschreibung wird zur falschen Geschichtsschreibung.

Doch auch jetzt noch offerieren sie letzten Endes trotz aller inzwischen gemachten Erfahrungen als nach ihrer Auffassung allein in Frage kommende Handlung „Aufruf zum Kampf“ oder „schmerzhafte, aber ehrenvolle Selbstaufgabe“.

Dabei glaubten sie selbst nicht an einen direkten Erfolg eines Kampfes: „Zweifellos wäre der Ausgang eines Kampfes, der zum Bürgerkrieg geführt hätte, sowohl am 20. Juli 1932 wie am Tage der Machtübergabe an Hitler, am 30. Januar 1933, und erst recht am Tage des ersten großen kriminellen Verbrechens der Hitler-Regierung, am Tage des Reichstagsbrandes, mehr als zweifelhaft gewesen“ (so Prof. Abendroth, S. 33).

Hier ist doch zu fragen: *Wenn* schon, *wann* denn?

Wäre durch Kampf und den dadurch ausgelösten Bürgerkrieg allen Gegnern nicht die tatsächliche und geschichtliche Legitimation zur Einsetzung der militärischen Kräfte einschließlich der bewaffneten Nazikolonnen gegeben gewesen? Und „schmerzhafte, aber ehrenvolle Selbstaufgabe“? Solche Erwägungen sind auch damals von den Gewerkschaftsvorständen angestellt worden. Hätte dieser nun auch nachträglich gewordene Rat bei Befolgung doch bedeutet: Die Organe und Funktionäre geben ihre Position auf, gehen in Illegalität und überlassen die Organisationen den Nazis und die Mitgliedschaften ihrem Schicksal. Soll man heute fragen, was bei solchem Verhalten *damals* und *auch heute* das Urteil darüber gewesen wäre?
Albin Karl, Hannover

„Gewerkschaften in der verwalteten Welt“

Ich habe eine Reihe von wertvollen Anregungen den Gewerkschaftlichen Monatsheften zu verdanken. Und auch für die Gewerkschaftsbewegung scheint sich mein Abonnement gelohnt zu haben: ich bin nämlich Gewerkschaftsmitglied geworden und längere Zeit im Haus der Gewerkschaftsjugend hauptamtlich tätig gewesen.

Eigentlicher Anlaß meines Briefes ist der Artikel von *Sebastian Franck* in der Oktobernummer 1960 der GM. Sowohl hinsichtlich seiner Analyse als auch hinsichtlich der daraus gezogenen gewerkschaftspolitischen Schlußfolgerungen bin ich anderer Meinung.

Es ist richtig, daß die Organisation und ihre Gesetze immer mehr die Maximen wirtschaftlichen Handelns bestimmen. Man muß es aber eine völlig danebengegangene Induktion nennen, wenn Franck behauptet, die Abhängigkeit eines Unternehmens vom Prinzip rationaler Organisation hebe seine Marktabhängigkeit auf. Die Gleichung: durchorganisiertes Großunternehmen = marktunabhängiges Monopol ist falsch.

Sicher kann das ökonomische Prinzip zu rationaler Konzentration, damit zu Oligopolen und schließlich auch zum Monopol hinführen. Das schließt aber nicht aus, daß die weiterhin nach dem Gewinnmaximierungsprinzip arbeitenden Unternehmensleitungen nach wie vor vom Markt abhängig bleiben. Überhaupt ist die Auffassung, daß ein Preismonopol oder gar Preisoligopol auf der Anbieterseite die Marktwirtschaft aufhebe, längst widerlegt. Es sei nur auf die Möglichkeit der Kosten- und der Substitutionskonkurrenz hingewiesen.

Mit diesen theoretischen Betrachtungen ist kein Widerspruch gegen die Tatsache versucht worden, daß die westdeutsche Marktwirtschaft durch Konzern- und Kartellbildung in starkem Maße funktionsunfähig gemacht wurde und noch gemacht wird. Im Gegenteil! Für gefährlich aber halte ich die Extrapolation Francks, der die Unzulänglichkeiten in der tatsächlichen bundesrepublikanischen Marktwirtschaft einfach der Theorie anlastet, indem er sie durch die oben gezeigte Gleichung für systemimmanent erklärt. — Wie gefährlich solche theoretischen Kurzschlüsse für die praktische Politik sind, zeigt sich sofort bei Francks gewerkschaftspolitischen Schlußfolgerungen.

Ist die Marktabhängigkeit und Konkurrenz der Großbetriebe existent, oder besteht zumindest die Möglichkeit, sie wieder herzustellen (wie ich es behaupte und die HA Wirtschaftspolitik des DGB laut verschiedenen Veröffentlichungen doch auch anzunehmen scheint), so ist die Francksche Formel „Verschiedene Arbeit erfordert ähnliche Arbeitsleistung und daher gleichen Lohn“ dazu angeht, die Gewerkschaften für die Arbeitnehmer immer weniger attraktiv zu machen.

Zum Beweis: Solange ein Betrieb A in eine funktionierende Marktwirtschaft eingegliedert ist und also bei entsprechenden Voraussetzungen höhere Kapitalintensität und höhere Produktivität ausweisen kann als B, wird er eben auch höhere Gewinne zu verzeichnen haben, sofern beide sich auf dem gleichen Markt bewerben. Nun zu verlangen, daß die Arbeiter im Betrieb A so wenig wie die Arbeiter des weniger produktiven Betriebs B oder umgekehrt erhalten sollen, wäre ebenso unsinnig wie ungerecht und weltfremd. Ich glaube, ich kann es mir ersparen, das im einzelnen nachzuweisen.

Ganz im Gegensatz zu dem falsch angesetzten Gleichheitslohnappell Francks möchte ich daher an unsere Gewerkschaften appellieren, die gerechte Verteilung des Nationaleinkommens durch eine Neuordnung des Tarifwesens möglich zu machen.

Der Übergang zum obligatorischen Betriebslohn tarif hätte, wenn ich die sonstigen Probleme einmal außer acht lassen darf, den gar nicht zu unterschätzenden Vorteil, endlich den Weg zur Tarifwahrheit frei zu machen. Mit anderen Worten: Über eine aktive Lohnpolitik könnte im Sinne einer radikalen Marktteilung zwischen Kapitalgüter- und Lohngüterindustrien mit Hilfe der Betriebs tarife der wirtschaftliche Fortschritt stimuliert werden. Auf diesem Weg wäre schließlich auch Francks Ziel „für verschiedene Arbeit gleicher Lohn“ zu erreichen. Aber eben nun nicht mehr durch unnatürliche Konformierung der Arbeitsleistungen, sondern durch sinn gemäße Differenzierung.

Um es an einem Beispiel nochmals zu wiederholen: Es entspricht nicht den Tatsachen, daß alle Schuherzeuger der Bundesrepublik sich unter dem Zwang des ökonomischen Prinzips in wenigen marktunabhängigen Großunternehmen zusammenschließen werden; daß alle Gesellen deshalb schließlich an ähnlichen Maschinen stehen und für verschiedene Arbeit den gleichen Lohn verlangen können. Tatsache ist vielmehr, daß nur ein Teil der Schuhfirmen sich konzentriert hat und zu kapitalintensiver Produktion überging, während ein anderer Teil weiterhin handwerklich und damit lohnorientiert ist, wie z. B. die Orthopädiewerkstätten. Im Interesse recht verstandener Solidarität scheint es mir bei dieser Sachlage Aufgabe der Gewerkschaft Leder zu sein, durch entsprechend differenzierte Tarifverträge Löhne zu vereinbaren, die dem unterschiedlichen „Produktivitätsstand“ entsprechen. Wozu allerdings vorher der Begriff „Produktivität“ völlig neu interpretiert werden müßte. Ich bin überzeugt, daß es in kurzer Zeit auf dieser Basis möglich sein würde, die Löhne in den handwerklichen Betrieben auf die Löhne der kapitalintensiven Betriebe anzuheben. Daß dabei die Preise der handwerklich hergestellten Schuhe weit über denen der maschinell hergestellten liegen, versteht sich von selbst. Selbst der Laie begreift, daß es Unsinn wäre, z. B. einem Orthopäden deswegen Vorwürfe zu machen oder ihm gar Unproduktivität vorzuwerfen. Hier handelt es sich offensichtlich um zwei Paar Stiefel, die nicht über einen Leisten geschlagen werden dürfen.

Können wir eine derartige aktive Lohnpolitik in unserer augenblicklichen konjunkturellen Situation verantworten? Nicht nur das! Ich behaupte sogar, daß sie die einzig sinnvolle Alternative ist!

Bis zum heutigen Tag arbeitet man bei den deutschen Gewerkschaften mit dem konsumorientierten Instrumentarium zur Konjunkturpolitik des großen *J. M. Keynes*. Man überlegt sich nur recht zaghaft, daß andere Zeiten andere Methoden verlangen könnten. Was in der Deflation der dreißiger Jahre sinnvoll war, kann in der Inflation der sechziger Jahre völlig unangebracht sein.

Gerade die Neoliberalen von *Eucken* bis *Erhard* sind in der Hochkonjunktur unsere Leute. Was hat man gegen sie? Daß sie in Zeiten konjunktureller Flaute der Unternehmerschaft so treffliche Argumente lieferten? Nun, man überzeuge sich: in Zeiten des Booms kommt alles, was sie je sagten, uns zugute; so sicher wie das ökonomische Prinzip ein Prinzip der Vernunft ist und von vernünftigen Professoren vertreten wird. Wann wird man endlich den positiven Zusammenhang zwischen aktiver Lohnpolitik der Gewerkschaften und Investitionspolitik der Unternehmer, wie er z. B. von Prof. *H. J. Rüstow* so überzeugend nachgewiesen wird, bei uns richtig für die Öffentlichkeit herausstellen? Kann es ein besseres Argument für volkswirtschaftlich notwendige Lohnerhöhungen geben, als die Notwendigkeit der Drosselung selbstfinanzierter Kapitalgüterinvestitionen?

Ich bin überzeugt davon, daß dieses Argument eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung im Bundesdurchschnitt wert ist. — Die Preise würden steigen? Sie müssen es, wenn wir endlich uns von jenem Odium des internationalen Lohndumpings befreien wollen, endlich die Devisenschwemme stoppen, endlich das Weltpreinsniveau erreichen wollen — jene Grenze, an der die Konkurrenz von außen den inneren Preisstopp von selbst erzwingen würde. Erst dann wird es für die Unternehmer kein Ausweichen in die Inflation mehr geben, die Selbstfinanzierung wird aufhören, die Konjunktur sich einpendeln. Und der Arbeitnehmer wird die Genugtuung haben können, nicht nur auf dem laufenden geblieben zu sein, sondern dadurch auch zur Normalisierung mit beigetragen zu haben. Wann endlich werden unseren Worten Taten folgen?

Dieter Bricke, Mannheim

Klassenstimmrecht in der UNO?

So wenig neu es zunächst klingen mag, es muß doch festgestellt werden: Zur Zeit ist niemand mit der UNO zufrieden. Weder die Sowjets noch die blockfreien Staaten des asiatisch-afrikanischen Raums, noch die Westmächte verhehlen, daß die jetzige Situation in der UNO nicht ihren Beifall finden kann. Jede „Fraktion“ ist darauf aus, ihren Einfluß auf Kosten der anderen zu vergrößern bzw. den früheren Zustand wiederherzustellen.

Bruno Kuster hat schon (GM 12/1960) sehr richtig gesagt, daß die Kommunisten wie die Farbigen die Struktur der Vereinten Nationen ändern wollen, aber ihre Ziele liegen weit auseinander. *Chruschtschow* träumt von einem UNO-Generalsekretariat, in dem ein Befehlsempfänger des Kremls den Ton angibt. Die Nationen Afrikas und Asiens wünschen zwar auch ein umgeformtes Generalsekretariat, aber gegen *Hammar skjöld* an der Spitze der UNO-Administration haben sie nichts oder nur wenig einzuwenden. Ihnen kommt es wahrscheinlich in der Hauptsache darauf an, mehr Farbige am Schalthebel der UNO-Diplomatie sitzen zu sehen. Doch das ist nur die eine Seite; die andere ist der Sicherheitsrat. Und da fehlt — abgesehen von der ungelösten chinesischen Frage — doch mindestens ein ständiger Platz für Indien oder einen anderen Wortführer der Entwicklungsländer sowie eine stärkere Berücksichtigung dieser Staatengruppe bei der Besetzung der nichtständigen Mandate.

Darüber sollte aber keineswegs vergessen werden, daß auch die Westmächte drauf und dran sind, ihre Haltung zur UNO zu revidieren, wodurch die Sache nur noch bedenklicher wird. Bereits auf der letzten NATO-Ratstagung in Paris sondierte Generalsekretär *Paul Henri Spaak* das Terrain. Er wollte klären, ob die Mitgliedsstaaten der atlantischen Allianz bereit sind, ihm zu folgen, wenn er vorschlägt, innerhalb der UNO dem stets geschlossen auftretenden Sowjetblock einen ebenso festen NATO-Block entgegenzustellen. Mit dieser ziemlich abenteuerlichen Idee konnten sich erfreulicherweise die in Frankreichs Hauptstadt versammelten Minister nicht anfreunden — weshalb *Spaak* sogar mit seinem Rücktritt gedroht haben soll. Gleichgültig, ob diese Version nun stimmt oder nicht, *Spaak* hat jedenfalls seine Pläne nicht ganz aufgegeben. Er trat jetzt wieder mit einem schockierenden Vorschlag an die Öffentlichkeit, von dem man ziemlich sicher ist, daß ihn nicht nur der NATO-Generalsekretär ernsthaft erwägt.

Spaak sprach nämlich von der „Stimmabgabe nach Gewicht“. Wenn aber in der UNO das wirtschaftliche und militärische Potential eines Landes ausschlaggebend für die Bedeutung seiner Stimme sein soll, dann ist das nichts anderes als eine Klassifizierung der Mitglieder, eine Aufteilung in Reiche und Habichtse. Daß die farbige Welt, um die sich die Westmächte so eifrig bemühen, derartig abseitige Gedankengänge scharf ablehnt und daß weiter die antiimperialistischen Tendenzen, die sich ja ausschließlich gegen den Westen richten, auf diese Weise neuen Auftrieb erhalten, ist nur verständlich und logisch. Und schließlich liefern solche Konzeptionen bloß den Kommunisten die Propagandaschlachtworte frei Haus. Der Kreml wird sich kaum die günstige Gelegenheit entgehen lassen, um mit diesen leichtfertigen und nicht durchdachten Äußerungen in Afrika und Asien sein ideologisches Geschäft zum Blühen zu bringen.

Es ist einfach erschütternd, wie einfalllos der Westen auf die neuen weltpolitischen Fakten reagiert. Statt von jener Zeit zu träumen, da die Westmächte die UNO stimmenmäßig praktisch beherrschten — ein Zustand, der nie wiederkehrt! —, sollte man sich in den Regierungskanzleien überlegen, ob nicht ein großmütiges Angebot an die asiatisch-afrikanische Staatengruppe der rechte Weg wäre. Ein Umbau des Generalsekretariats wird sich nicht umgehen lassen. Die Farbigen verlangen mit vollem Recht eine ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechende Beteiligung. Der Sicherheitsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung ist 1945 konstruiert worden — unter ganz anderen Voraussetzungen als heute. Den Veränderungen, die in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten eingetreten sind, muß schleunigst Rechnung getragen werden. Das wären konstruktive Pläne. Doch alles andere, was nach einer Art UNO-Klassenstimmrecht aussieht, ist — es gibt kein anderes Wort — einfach reaktionär.

Helmut Bauer, Nürnberg